

# Die große Aussprache im Reichstag

Die Opposition marschiert auf — Joos rechnet mit ihr ab

## Phrasen, aber kein Programm

### Die erste Redner-Reihe

Berlin, 15. Oktober

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstagsführung stand die Aussprache der Regierungserklärung. Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten sind nicht im Saale, weil der erste Redner ein Sozialdemokrat ist.

Herr Dr. Weitzfeld (Soz.)

führte aus: Bei der Zahlungsmittelkrise hat sich gezeigt, wie notwendig es ist, daß das Ausland in die innerdeutsche Entwicklung Vertrauen setzt. Diesen Standpunkt hat früher auch der frühere Reichspräsident Dr. Schacht eingenommen in Verbindung mit Finanzleuten, deren artliche Abkühlung nicht einwandfrei feststeht. Jetzt hält er in schroffem Gegensatz zu dieser richtigeren Erkenntnis verführerische Reden in Harzburg. Das System, mit Notverordnungen zu regieren, entspricht an sich nicht unseren Wünschen. Wir sind für das parlamentarische Regime; aber die Voraussetzung dafür ist, daß das Parlament sich selber bejahet. (Sehr gut!) Wir haben aber leider rechts und links große Parteien, die grundsätzliche Gegner dieses Regimes sind und das Parlament nur betrachten als einen Mechanismus zum Sturz der Regierung. (Sehr wahr!) Es ist die politische Not, die zu den Notverordnungen führt. (Vehemente Zustimmung.) Wir haben nicht nur Bedenken gegen das System der Notverordnungen, sondern auch gegen ihren Inhalt. Wenn wir das Kabinett Brüning toleriert haben, so ist das nicht geschehen, weil wir glaubten, daß dieses Kabinett sozialistische Politik treiben werde. Wir haben es getan, weil wir in erster Linie die Staatsform, in der wir leben, schützen wollten gegen die Angriffe der Sozialisten und der Diktatur. Wir haben vorher gewünscht, daß die in Abbröckelungen von unserer Partei führen würde. Wir haben dennoch die Regierung Brüning toleriert, weil es uns nicht geht um Augenblickspropagandaerfolge, sondern um die Zukunft der gesamten deutschen Nation. (Veh. Beifall b. d. Soz.) Das gesamte wertvolle Volk wird gefährdet durch jene sogenannte „nationale Opposition“, die sich in Harzburg versammelt hat und zu der neben den Deutschnationalen und Nationalsozialisten auch die Deutsche Volkspartei gehört, die sich mit der zögernden und doch so feindschaftlichen Schamhaftigkeit eines alternden Wächters angeboten hat (Sehr gut!) Einst wollte die Deutsche Volkspartei Deutschland von „roten Ketten“ freimachen; jetzt kann sie den alten Wächler dahin anuern:

Vom letzten Wähler macht uns frei  
Wein der Führer Dingeldel!

(gr. Heiterkeit). Der Kampf der „nationalen Opposition“ geht gegen die Sozialpolitik, gegen die Arbeitslosenversicherung, gegen das Tarifrecht und Schlichtungsweisen, für weiteren Lohnabbau und für eine neue Inflation. Die Nationalsozialisten haben vergessen, daß sie noch vor einem Jahre den Kampf gegen die Sozialreaktion proklamiert haben. Sie gehen jetzt mit Jugenderg und jenen sogenannten Wirtschaftsführern, die die ausgeprägten Vertreter der Sozialreaktion sind. Vor genau einem Jahre beantragten die Nationalsozialisten hier die Enteignung der Bank- und Börsenfirmen. Heute gehen sie Arm in Arm mit jenen vor gegen die Arbeiterkraft. Die Fronten sind jetzt klar abgegrenzt: Auf der einen Seite die „nationale Opposition“, auf der anderen Seite die vereinigten Gewerkschaften. Wie ist deutlicher die Klassenkampfparole proklamiert worden als von jenen Wirtschaftsführern, denen sich die Nationalsozialisten als Kampftruppen zur Verfügung stellen.

Wenn wir das Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Brüning ablehnen, so bedeutet das keine Vertrauensänderung für das, was dieses Kabinett politisch tun wird, aber es ist die Bekundung des schärfsten Mißtrauens gegen das, was nach Bekundung kommt. (Veh. Beifall b. d. Soz.)

Als nächster Redner erhält Herr Dr. Weitz (Nat.-Soz.) das Wort. Während die Abgeordneten der Rechten in diesem Augenblick den Saal betreten, verläßt Reichsfinanzler Dr. Brüning seinen Platz. Der Redner führt u. a. aus: Wir werden die Notverordnungen weiter ablehnen, weil wir Regierungen, die sich scheuen, das Volk über die Berechtigung ihrer Maßnahmen zu befragen, nicht für befugt halten, den Art. 48 für ihre rein parteipolitischen Bestrebungen anzuwenden. Die Inflation haben wir stets als ein Verbrechen in der schärfsten Form gebrandmarkt, so daß es überflüssig ist, zu sagen, daß wir uns niemals eines ähnlichen Vergehens schuldig machen werden. Ebenso ungeheuerlich wie diese Unterstellung ist der Versuch, die Dinge so darzustellen, als ob eine von uns getragene Reichspolitik notwendigerweise die Arbeitermerkschaft in eine geschlossene Abwehrfront hineintreiben müßte. Wir weisen diese Auffassung, die das letzte verweirte Mittel zur Behauptung der Herrschaft vorkerblicher Kreise (eine heulende Kampfesweise! D. Red.) darstellt, als völlig unheimlich (?) und als Infamie schärfstens zurück. (Veh. Beifall b. d. Nat.-Soz.) Wir bedauern außerordentlich, daß der Reichsfinanzler keine Bedenken hatte, sich dieser böswilligen Mißdeutung einer bewußt nationalen Politik zu bedienen. (Zustimmung b. d. Nat.-Soz.) Gerade der vom Marxismus betriebene Wehr- und Landesverrat hat zwangsläufig zur Tributpolitik und zur Zerstörung der Wirtschaft und damit auch zur gefährlichsten Erschütterung der Lebensgrundlagen der Arbeiterschaft geführt. (Beifall b. d. Nat.-Soz.) In der Aufbruchbewegung aller bewußt nationalen und völkischen Kräfte sehen wir allein die Voraussetzung für eine Wirtschaft, die allen ein ausreichendes Existenzminimum verbürgt und den Sinn der Arbeit wieder herstellt. (Das Wie? ist uns nicht klar! D. Red.) Vornehmlich um des Arbeiters willen haben wir unseren Kampf gegen die Verschleppung des Gesetzes und der Wirtschaft, gegen Tribut- und Erfüllungspolitik geführt. (Sündhaftigen b. d. Nat.-Soz.)

Die NSDAP hat stets die verantwortungsbewußte parteipolitische Mitarbeit der berufständlichen Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gefordert. Diese Grundzüge werden auch in einer kommenden, von uns geführten nationalen Regierung maßgebend sein (Beifall bei den Nat.-Soz.). Aber allem steht für uns der Satz „Gemeinnutz vor Eigennutz!“ Das gleiche Recht auf Schutz seiner Arbeit und seiner Leistungen im Rahmen des Volksgesetzes haben wir jedem anderen Berufler

Rand zu. Das Wirtschaftsprogramm des Kanzlers aber wird diesen Grundzügen nicht entsprechen, weil alles, was bisher im nachkommenden Deutschland geschehen ist, auf dem Fundament des überlebten Liberalismus (ein mindestens 1/2 Jahre verpöbeltes Argument! D. Red.) und des vorkerblichen Marxismus erfolglos bleiben muß.

In einigen lebenswichtigen Fragen müßten Niederlagen gezeigt. In allen lebenswichtigen Fragen müßten Niederlagen und verbessernde Vorschläge mit in Kauf genommen werden. Es hand sich kein Anzeichen des Willens, die Voraussetzungen für eine andersgerichtete und dem Reichsinteresse entsprechende Außenpolitik zu schaffen. Wir fordern Wehrhaftigkeit nicht, um einen Renonciertum zu erreichen, sondern weil sie die Voraussetzung ist für die Gleichberechtigung Deutschlands. Die Politik Frankreichs ist noch wie vor die fürchtbarste Gefahr für die Gleichberechtigung Deutschlands. Die Politik Frankreichs ist noch wie vor die fürchtbarste Gefahr für die Gleichberechtigung Deutschlands. Die Politik Frankreichs ist noch wie vor die fürchtbarste Gefahr für die Gleichberechtigung Deutschlands.

In der Außenpolitik hat sich die völlige Unfruchtbarkeit und Ergebnislosigkeit der Arbeit des Kabinetts Brüning gezeigt. In allen lebenswichtigen Fragen müßten Niederlagen und verbessernde Vorschläge mit in Kauf genommen werden. Es hand sich kein Anzeichen des Willens, die Voraussetzungen für eine andersgerichtete und dem Reichsinteresse entsprechende Außenpolitik zu schaffen. Wir fordern Wehrhaftigkeit nicht, um einen Renonciertum zu erreichen, sondern weil sie die Voraussetzung ist für die Gleichberechtigung Deutschlands. Die Politik Frankreichs ist noch wie vor die fürchtbarste Gefahr für die Gleichberechtigung Deutschlands. Die Politik Frankreichs ist noch wie vor die fürchtbarste Gefahr für die Gleichberechtigung Deutschlands. Die Politik Frankreichs ist noch wie vor die fürchtbarste Gefahr für die Gleichberechtigung Deutschlands.

Wir machen der Regierung Brüning ausdrücklich zum Vorwurf, daß sie, wie alle ihre Vorgänger, im Kampf gegen die Kriegsschuldfrage nachlässig verfahren hat. (Veh. Zustimmung rechts.) Wir können ihr deshalb auch auf außenpolitischem Gebiet nicht das mindeste Vertrauen entgegenbringen. In der Zusammenlegung des Reichswehr- und Reichsfinanzministeriums sehen wir eine verhängnisvolle Befestigung der Reichswehr mit innenpolitischen Auseinandersetzungen. Unsere Armeedarf nur für wehrpolitische Fragen in Anspruch genommen werden. Dr. Friedländer: Wir sprechen dem Kabinett unser Mißtrauen aus und erwarten die Zustimmung aller vorkerblichen Mitglieder dieses Hauses. Wir betonen unseren unbedingten Entschluß, nicht zu rufen, bis wir im Bewußtsein unserer Verantwortung und kraft unseres Rechtes die Führung der Nation zum Wohl seiner wertvollsten Schichten in Händen halten. (Stürmischer Beifall b. d. Nat.-Soz.) Unsere Regierungserklärung wird kurz sein, sie wird lauten: Kraft und Wille, Freiheit, Arbeit und Brot! (Die Nat.-Soz. spenden sich Beifall und verlassen darauf geschlossen unter Beifall den Saal.)

Die Erklärung der Wehrfähigkeitsbereitschaft mit Frankreich wird von der Linken mit stürmischen Beifall aufgenommen. Die kommunistische Frau Overlach erhält nachträglich einen Ordnungsruf, weil sie dem Abg. Dr. Friedländer „Arbeit und Brot“ zugerufen hatte.

Abg. Kemmel (Komm.) sagt als nächster Redner der Regierung Brüning schärfsten Kampfs. Diese Regierung sei nur die Vorstufe für die schändliche Diktatur Jugenderg-Hitler. Abg. Dr. Oberfahren (Dn.): Damit kein Irrtum entsteht: Wir sind nicht in diesen Reichstag gekommen, um ein parteipolitisches oder parlamentarisches Palaver zu halten. Wir sind hierher gekommen, um Abrechnung zu halten und eine Kampfanfrage zu richten an das herrschende System und seine Vertreter, gegen die Regierung. Wenn Dr. Dingeldein in seiner letzten Rede warzarte Anläufe zu besserer Einsicht gezeigt, aber Kritik an unserem Auszug aus dem Parlament selbst hat, so

## Joos gibt die Antwort

Darauf verlassen die Nationalsozialisten und Deutschnationalen zum größten Teil wieder den Saal.

Abg. Joos (Ztr.): Ja wir wollen Abrechnung halten, nicht parlamentarisches Palaver! Aber stimmt die Rechnung, die hier aufgemacht wird? Die Herren von der Rechten vertun sich, wenn sie glauben, daß der Heroismus, die Hingabe an unser Land, an unser Volk und an unsere Zukunft, von ihnen in Erbpacht genommen sei. (Sehr richtig! im Ztr.). Als ob es außer ihnen keine nationalen Männer, keine nationalen Frauen und keine Jugend gäbe! Es gibt Millionen im Lande, die allerdings nicht Ihre (nach rechts) lärmende Sprache führen, die aber geduldig das tragen, was das Land und was die Regierung fordert und was der einzige Weg sein kann in eine neue Zukunft. Wir haben eine Jugend, die auch ihre Führer besitzt. Im übrigen müßte ich gern die Millionen deutscher Jugend sehen, die sich in den letzten Tagen in Harzburg probiert haben! Wenn man dort den Gedanken der Volksgemeinschaft akzeptierte, dann darf man nicht im selben Augenblick diese Volksgemeinschaft wieder zerbrechen, indem man national nur die einen nennt und die anderen internationalist. Sie, Herr Oberfahren, können nur den Anstoß erwecken,

daß Sie kommandieren können; damit beweisen Sie aber noch nicht, daß Sie regieren können.

Dr. Oberfahren hat sich vergeblich bemüht, die Schuld auf Dr. Brüning zu wälzen. Wenn er von einem Raub der kurzfristigen Kredite sprach, so trifft dieser Vorwurf nicht die Regierung Brüning, sondern große Teile der Privatwirtschaft. (Sehr richtig! in der Mitte.) Wenn einer gegen die Pumpwirtschaft frühzeitig eingewandert ist, so war es Reichsfinanzler Brüning. Die Regierung hat auch vorausgesehen, was vorausgesehen werden konnte. Es gibt allerdings Leute, die Dinare

hat er damit bewiesen, daß er vom sehr wenig Kontakt mit der wirklichen Bewusstseinsverfassung der deutschen Bevölkerung hat. (Veh. Zustimmung rechts.)

Was in der Sitzung vor dem Auszug der nationalen Opposition uns auch von der bürgerlichen Mitte angetan worden ist, das werden wir an Ihnen hundert- und tausendfältig wieder vergelten. (Beifall rechts.) Die deutsche Not ist im wesentlichen die Folge einer spezifisch deutschen Krise, die verschuldet ist von dem System, das wir bekämpfen. Reichsfinanzler Dr. Brüning hat den Kampf um die Seele des deutschen Volkes vollständig verloren. Auf der grandiosen Heerschau des nationalen Gedankens in Harzburg hat sich gezeigt, daß es in Deutschland Millionen gibt, die bereit sind, für eine Idee und ihre Führer ihr Leben zu lassen. (Beifall rechts.)

Uns hat man vorgeworfen, daß man den Reichspräsidenten in die parlamentarische Diskussion gezogen hätte. Ich bin der Meinung, daß es nicht über vermehrt werden kann, wenn die nationalen Kreise des deutschen Volkes in aller Ehrfurcht sagen, daß sie mit manchen Handlungen des Herrn Reichspräsidenten nicht einverstanden sein können, beispielsweise mit dem Empfang der französischen Regierungsvollmacht. Viel weniger ist es zu rechtfertigen, daß sie an der Hand von dem Namen und dem historischen Ansehen des Reichspräsidenten v. Hindenburg gefährdet wird. Mit den Methoden des Herabhandels hat die offizielle Pressestelle der Reichsregierung eine falsche Darstellung über die Unterbrechung des Reichsfinanzlers mit mir verbreitet. Es wurde geflüchtelt, die Unterbrechung habe erfolgt, daß wir zur Verantwortung der Reichsregierung nicht bereit seien. Tatsächlich hat Dr. Brüning mir nur seine neuen Steuerpläne vorgelesen, aber mich nicht gefragt, ob wir in die Regierung eintreten wollten. Hätte er das gefragt, dann hätten wir ihm geantwortet, daß wir dazu bereit seien, unter der Bedingung, daß das Steuer vollständig heruntergerissen wird und die Regierungspolitik sich klar gegen die Sozialdemokratie richtet. Die nachgewiesenen Fälschermethoden der offiziellen Pressestellen haben offensichtlich den Zweck verfolgt, die höchste Stelle im Reich zu täuschen. (Hört, hört! rechts, Zuruf: „Man hat den Reichspräsidenten befohlen!“)

Die heutige Krise ist verschuldet worden durch die übermäßige Herannahme kurzfristiger ausländischer Kredite nach Deutschland. Der Sozialdemokrat Dr. Hilferding ist vor den Finanzgewaltigen auf den Knien seines Herzogs herumgerutscht (gr. Heiterkeit), um solche Anleihen zu kriegen. Diese Regierung hat nicht die Würdigung angebracht, sondern ihre Grundlagen erschüttert durch eine Steuerpolitik, die in geradezu verbrochener Weise die Substanz angreift. Die Arbeitslosigkeit kann sich nicht vermindern, solange wir eine Zwangsbewirtschaftung der Arbeit haben mit dem Schlichtungsweisen, den Schlichtungsprüchen und der Unabhängigkeit der Tarifverträge. (Hört, hört! links.) Der Redner nimmt dann Dr. Schacht in Schutz gegen die Angriffe wegen seiner Harzburger Rede. Dr. Schacht werde von der Linken verfolgt, weil er einen selbstbewußt nationalen Standpunkt einnehme und die Mißwirtschaft der sozialistisch regierten Gemeinden bekämpfe habe. Dr. Schacht habe in Harzburg nicht währungsrechtliche, sondern kreditpolitische Auseinandersetzungen gemacht, die keineswegs als Landesverrat bezeichnet werden könnten. Schacht habe nichts anderes gesagt als was vorher im Handelsteil der „Frankfurter Zeitung“ gehalten habe, unter Beifügung genauner Zahlenmaterialien. Es sei eine Infamie, wenn behauptet wird, auf der Harzburger Tagung sei ein Anlauf zur Herbeiführung der Inflation gemacht worden, ein Anlauf zur Herbeiführung der Inflation gemacht worden.

Die Notverordnungen seien sämtlich verhängnisvoll und mühten aufgehoben werden. Das könne nur derjenige behaupten, der im Marxismus befangen ist. (Veh. Heiterkeit.) „Erl verweigern Sie die Steuern und dann greifen Sie uns wegen der Folgen an!“ Wir brauchen gar keine Notverordnungen, wir brauchen dem Volk nur Arbeit und Brot geben. (Unruhe und Rufe: „Sie geben doch bloß Worte!“) Den Parteien, die sich mit uns verbinden wollen, muß ich sagen: Die Zeiten der parlamentarischen Klopfschere sind vorbei. Entweder finden Sie den Weg, wo Sie hingehen, oder Sie werden vernichtet! (Veh. Rufe links: „Hört, hört! Herr Dingeldel!“ — Heiterkeit.)

voraussehen, und sie, wenn sie davon sprechen, gerade dadurch bewirken. Deutlicher will ich nicht werden.

Die Regierung Brüning hat weiter gesehen als manche der Regierenden, die uns als Beispiele hingestellt werden. Sie hat in der Außenpolitik entscheidende Wandlungen eingeleitet. So ist kühn für eine nationale Bewegung, daß sie einem solchen Kanzler, statt ihn zu unterstützen, in den Rücken fällt. (Sehr wahr! im Zentrum.)

Im Innern hat er die rechten Mittel ergriffen, die einst gegeben, und wir haben heute von Dr. Oberfahren gehört, daß auch die Rechte keine anderen Mittel hat. Endlich wagt man uns zu sagen, daß auch sie (nach rechts) kein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit wissen. „Aha, Sie wissen (den.)“ Wir haben doch die Mittel genannt! Welches denn? Ich habe sie nicht gehört! Dr. Brüning's geistige Rede ist im Lande verstanden worden. Das deutsche Volk hat noch Männer und Frauen genug, die den Mut zur Wahrheit und zur Wahrhaftigkeit den Vorgesetzten geben vor dem kühnen Mut zur Phrase. Wenn ich das Programm der Regierung überhöre, sehe ich außenpolitisch ihren wahren Willen, das zu erreichen, was jeder Deutsche will. Und wenn die nationale Opposition hier in der neuen Sprache von Harzburg von der Gleichberechtigung der Völker redet, so muß ich fragen:

Ist das denn wirklich etwas Neues?

Gibt es denn einen Deutschen, der anderes will? Ich bin mit den Kollegen von der Linken in den letzten Tagen auf der interparlamentarischen Konferenz in Bukarest gewesen, und habe von ihnen auch nur die Begründung der Forderung gehört: Gleiches Recht wollen wir sein, gleiche Pflichten wollen wir haben unter den Völkern der Erde. Auch die Parteien wollen das, und steht alles daran, es zu erreichen. Wir stehen in einem Wettrennen zwischen den Erklärungen des internationalen Kreditinstituts auf der einen und der Einsicht und